

Statement

Seite 1/4

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der
Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken
Raiffeisenbanken 2022**

4. Juli 2023

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

Statement

Seite 2/4

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Sommer und da ist es guter Brauch, dass der Vorstand des BVR Ihnen hier in Frankfurt den **Konsolidierten Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken** vorstellt. Wir schauen heute in neuer Vorstandskonstellation auf die Ergebnisse der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und der weiteren genossenschaftlichen Spezialinstitute, der DZ BANK und der zentralen Produktspezialisten: Herrn Quinten kennen Sie bereits, Frau Müller-Ziegler folgt Herrn Dr. Martin nach, der soeben erst zu Ende des vergangenen Monats seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten hat.

Wie Sie wissen, war das Geschäftsjahr 2022 herausfordernd. Trotzdem konnte die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken einen **konsolidierten Gewinn vor Steuern** von 3,9 Milliarden Euro erwirtschaften. Herausfordernd waren die letzten Jahre auch für die Bundesregierung, die Deutschland im Herbst 2021 in einer schwierigen Lage übernommen hat: Nachwirkungen der Coronapandemie, grüne und digitale Transformation, Verschärfung des globalen Wettbewerbs, Alterung der Gesellschaft, Fachkräftemangel, der fürchterliche Angriffskrieg Russlands in der Ukraine – Parallelität und Reichweite dieser Herausforderungen sind in der jüngeren Vergangenheit für die Bundesrepublik Deutschland einmalig. Dies ist uns bewusst und gerade deshalb ist es wichtig, zur **Halbzeit der Legislaturperiode der Ampelregierung** im Bund und übrigens nur knapp ein Jahr vor den nächsten **Europawahlen** einen Blick auf die Bilanz der Politik zu werfen: Hat sie die richtigen Schritte unternommen, um Investitionen zu fördern? Ist Deutschland dabei, eine wachstumsfördernde Finanz- und Wirtschaftspolitik umzusetzen? Lassen Sie uns dazu zunächst einen Blick auf die aktuelle Situation werfen: Der Blick auf das laufende Jahr ist ernüchternd. Für die deutsche **Konjunktur** ist für das Gesamtjahr nur mit magerem Wachstum zu rechnen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr lediglich um 0,1 Prozent zunehmen. Wegen der Reallohnverluste im Zuge der hohen Inflation – wir gehen von einer Teuerung von 6 Prozent aus – werden die privaten Konsumausgaben auf Jahressicht deutlich zurückgehen. Die Wachstumsimpulse von Seiten der Investitionen werden unter dem Eindruck der stark gestiegenen Zinsen und des schwachen weltwirtschaftlichen Umfelds begrenzt bleiben. Hinzu kommen steigende Belastungen durch die Staatsverschuldung. Die gestiegenen Zinsen erhöhen zusammen mit der kriseninduzierten Rekordverschuldung den Zinsaufwand für den Bund von 4 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 40 Milliarden Euro im Jahr 2023 drastisch. Und die fiskalischen Herausforderungen werden absehbar noch deutlich steigen, da die sozialen Sicherungssysteme mit Blick auf die demografische Alterung nicht nachhaltig finanziert sind.

Statement

Seite 3/4

Auch der Fachkräftemangel, der in allen Branchen, auch bei unseren Häusern, längst zu den Top-Management-Themen gehört, wird sich eher verschärfen. Die Reformen dürfen nicht weiter in die Zukunft verschoben werden.

Meine Damen und Herren, gemeinsam machten sich SPD, FDP und Grüne nach der letzten Bundestagswahl auf den Weg, „eine Dynamik auszulösen, die in die Gesellschaft hineinwirkt“. Diese wird sich aber nur entfalten können, wenn die **Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa** dergestalt sind, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer und auch Banken mit ihren jeweiligen Stärken einbringen können.

Es werden **enorme Investitionssummen** benötigt. Die öffentliche Hand allein wird das nicht stemmen können, denn einen Freibrief für bedenkenlos steigende Staatsschulden und damit verbundene Zinslasten für die nachfolgenden Generationen darf es nicht geben. Insofern gilt der Grundsatz: Ökologie braucht Ökonomie und umgekehrt. Das eine wird ohne das andere nicht funktionieren. Nur so kann nachhaltiges Agieren entstehen. Der Schlüssel zur Transformation sind die privaten Investitionen. Die genossenschaftliche FinanzGruppe steht bereit, sich hier mit ihren Stärken einzubringen. Ein starkes Signal, diese dringend benötigten Investitionen in Deutschland anzuschieben, sendet das **Zukunftsfinanzierungsgesetz**. Es nimmt erste Maßnahmen in Angriff, um den Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimaschutzes zu begegnen und die Attraktivität des Finanzstandorts Deutschland zu stärken. Gelingt es, mehr privates Kapital für gesellschaftlich relevante Zwecke zu mobilisieren, wird dies im Übrigen auch dazu beitragen, die angespannten öffentlichen Haushalte zu entlasten. Ansonsten bleibt die Bilanz ernüchternd, trotz enormer finanzieller Anstrengungen zur Emissionsreduktion und kleinteiliger Regulierungen. Regeln, die Planungssicherheit schaffen und umsetzbar sind, sind für die Akzeptanz der grünen Transformation und die Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele essenziell. Das zeigt sich exemplarisch bei der Reform des **Gebäudeenergiegesetzes**. Das Ziel der weitgehenden Klimaneutralität im Gebäudebestand ist richtig. Der Weg dorthin wird aber flexibel sein müssen und sollte die Bedenken einer finanziellen Überforderung vieler Menschen bei der energetischen Sanierung ihrer Immobilien aufgreifen. Gerade im Hinblick auf die ohnehin schwierige Lage in Bezug auf den Erwerb von **Wohneigentum** brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Denn selbst bei einem deutlichen Anstieg der Bauinvestitionen – mit dem ich angesichts der stark gesunkenen Nachfrage nach Immobilienkrediten, die wir bei unseren Privatkunden wahrnehmen, nicht rechnen – wird es nicht einfach sein, die Klimaschutzziele zu erreichen. Gleichzeitig ist der Bau neuer Wohnungen dringend geboten, um der Wohnungsknappheit entgegenzuwirken. Der Kauf von Wohneigentum ist für viele

Statement

Seite 4/4

Privathaushalte schlichtweg zu teuer geworden. Kauf- und Modernisierungsvorhaben bei bestehenden Wohnungen sind durch schwer abschätzbare Investitionsbedarfe belastet.

Die Schlüsselmaßnahme für die grüne Transformation ist und bleibt die Bepreisung von CO₂. Sie setzt auch ohne weitere Vorgaben besonders starke Investitionsanreize, wo die Emissionen am höchsten sind. Eine vor allem auf **Regulierung** und Verbote setzende Wirtschaftspolitik erreicht die Klimaschutzziele demgegenüber nur zu deutlich höheren volkswirtschaftlichen Kosten und läuft Gefahr, die Unterstützung in der Bevölkerung für eine eigentlich notwendige Transformation zu verlieren. Darüber hinaus sollte die Regierung die Kreditvergabefähigkeit der Banken nicht mit ständig steigenden Regulierungskosten überfordern. Die von der BaFin verhängten zusätzlichen **Kapitalpuffer** schlagen sich als weitere Kosten nieder. Leider hat der Ausschuss für Finanzstabilität diese Puffer zunächst weiter bestätigt, obwohl er in seinem Bericht selbst ausführt, dass der Aufschwung am Immobilienmarkt 2022 endete und sich das Kreditwachstum deutlich abschwächte. Auch bürokratische Hürden tragen zur Überforderung durch Nachhaltigkeitsregulierung bei. Das Regulierungsziel Nachhaltigkeit schafft keine Investitionen. Beschränken wir die Regulierung daher auf das erforderliche Maß, anstatt Banken zum Torwächter der Nachhaltigkeit zu machen.

Blicken wir noch kurz in Richtung **Brüssel**, meine Damen und Herren. Mit hoher Intensität treibt die amtierende Europäische Kommission auch knapp ein Jahr vor den Wahlen weitreichende Vorhaben voran, die großen Einfluss auf die Kreditwirtschaft haben. Um nur einige Beispiele zu nennen: digitaler Euro, Kleinanlegerstrategie, Krisenmanagement für Banken, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Jedes dieser Themen hat weitreichende – auch strukturelle – Auswirkungen. Regulierung im Bankenbereich geht nicht nur zunehmend an administrative Belastungsgrenzen, sondern auch häufig in die falsche Richtung. Es fehlt an Verständnis für unsere besondere Banken- und Wirtschaftsstruktur: Statt die Kapitalmarktunion endlich anzugehen, konzentriert sich die EU-Kommission lieber auf das Infragestellen funktionierender Strukturen. So will die EU-Kommission das Krisenmanagement für Banken lieber auf den Kopf stellen, anstatt das System dort zu verbessern, wo es bislang versagt hat: bei der Abwicklung systemrelevanter Banken. Transformation, Wohlstandssicherung, Stärkung von Mittelstand und Industrie – die zentralen politischen Ziele der Europäischen Kommission können aber nur im Miteinander mit Wirtschaft und Banken gelingen.